

Politik und Religion

RESEARCH

Sebastian Matthias Schlerka

# Islamdebatten im Deutschen Bundestag 1990–2009

Eine Habitusanalyse zur  
Formierungsphase deutscher  
Islampolitik

MOREMEDIA



Springer VS

---

# Politik und Religion

## Reihe herausgegeben von

Antonius Liedhegener, Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik, Universität  
Luzern, Luzern, Schweiz

Ines-Jacqueline Werkner, Institut für Interdisziplinäre Forschung, FEST,  
Heidelberg, Baden-Württemberg, Deutschland

In allen Gesellschaften spielte der Zusammenhang von Politik und Religion eine wichtige, häufig eine zentrale Rolle. Auch die Entwicklung der modernen westlichen Gesellschaften ist ohne die politische Auseinandersetzung mit traditionellen wie neuen religiösen Ordnungskonzepten und Wertvorstellungen sowie deren sozialen Trägern nicht denkbar. Im weltweiten Maßstab wie speziell im Blick auf liberale Demokratien haben religiöse Orientierungen und Identitäten ganz erheblich an gesellschaftlichem und politischem Einfluss gewonnen. Die Buchreihe „Politik und Religion“ trägt diesem grundlegenden Trend der Gegenwart Rechnung. Bereits seit 2000 stellt sie für die Politikwissenschaft und benachbarte Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum ein Publikationsforum bereit, das relevante Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Politik und Religion der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorstellt und Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet fördert. Die Reihe ist offen für verschiedene disziplinäre und interdisziplinäre, theoretisch-methodologische, empirische und interkulturell-vergleichende Ansätze und publiziert Arbeiten, die sich systematisch und umfassend mit politikwissenschaftlich ergiebigen Fragestellungen zum Verhältnis von Politik und Religion befassen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „Politik und Religion“ soll damit in ihrer ganzen Breite dokumentiert werden, ohne dass die Herausgeber dabei mit den jeweilig bezogenen Positionen übereinstimmen müssen.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12407>

---

Sebastian Matthias Schlerka

# Islamdebatten im Deutschen Bundestag 1990–2009

Eine Habitusanalyse zur  
Formierungsphase deutscher  
Islampolitik

 Springer VS

Sebastian Matthias Schlerka  
Abteilung Theologie  
Universität Bielefeld  
Bielefeld, Deutschland

Die vorliegende Arbeit wurde am 20.08.2020 von der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen. Das Dissertationsprojekt wurde gefördert von der Studienstiftung des deutschen Volkes.

ISSN 2510-4748

ISSN 2510-4756 (electronic)

Politik und Religion

ISBN 978-3-658-33724-7

ISBN 978-3-658-33725-4 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-33725-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Verlage. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Stefanie Eggert

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Danksagung

Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die hervorragende Unterstützung meines Erstbetreuers Heinrich Wilhelm Schäfer, die stets inspirierend, motivierend und „to the point“ war. Auch meine Zweitbetreuerin Riem Spielhaus stand mir mit äußerst wertvollen Ratschlägen und Anregungen zur Seite. Beiden gebührt mein aufrichtiger Dank.

Außerdem möchte ich den TeilnehmerInnen des Forschungs- und Doktorandenkolloquiums meines Erstbetreuers Prof. Schäfer danken. Vor allem Leif Seibert und Axel Stockmeier gaben mir mit ihrem immer wieder sehr guten und engagierten Feedback den Mut, mitten während der Arbeit die Fragestellung zu ändern. Robert Winkler, Susanne Schultz, Roland Siekmann, Patrick Kahle, Tamara Candela und Marc Jacobsen bin ich zu Dankbarkeit verpflichtet für die Geduld, mit der sie meine Kapitel gelesen und kommentiert haben. Für wertvolle Rückmeldungen zu meinen Überlegungen zum Thema Temporalität danke ich Thomas Welskopp und den TeilnehmerInnen seiner Research Class, sowie meinem Kollegen Zoltán Boldiszár Simon. Für Hilfe bei der Erstellung einiger Grafiken danke ich Daniel Anders.

Weiterhin danke ich der Studienstiftung des deutschen Volkes für ihre Unterstützung in Form eines Promotionsstipendiums, ohne das die Bearbeitung der Dissertation so nicht möglich gewesen wäre und ohne das viele interessante Begegnungen nicht stattgefunden hätten. In diesem Zusammenhang schulde ich auch meinen MitstreiterInnen der Bielefelder Ortsgruppe von Arbeiterkind.de Dank. Auch danke ich dem Team der Bielefeld Graduate School in History and Sociology nicht nur für die Bereitstellung eines Büros und exzellenter Infrastruktur, sondern auch für die Schaffung einer intellektuell beispiellos anregenden sozialen Umgebung.

Aus dieser Umgebung möchte ich zunächst (abermals) meinen BürogenossInnen Susanne Schultz, Zoltán Boldiszár Simon, Sisay Dirirsa und Edvaldo de Aguiar Portela Moita danken, auch für ihre Geduld mit dem Klackern meiner mechanischen Tastatur. Ferner möchte ich all den weiteren BGHS-Mitgliedern danken, die das Promotionsstudium erst zu einer wirklich guten Zeit gemacht haben. Auch wenn kaum alle hier erwähnt werden können, seien hier beispielhaft Daniele Toro, Aanor Roland, Anja Henkel, Daniel Emmelius und Lasse Lassen genannt.

Schlussendlich möchte ich Manuel Burgmann danken, der oft der erste war, mit dem ich neue Ideen diskutiert habe. Zudem möchte ich meiner Mutter, Nadja, Julian und Emma Krämer für ihre vielfältige Unterstützung während der Doktorandenzeit danken. Zuletzt geht ein spezieller Dank an Gabi und Wolfram Wagner, Tom Kaden und meinen Vater, ohne die ich wohl keine Universität von innen gesehen hätte.

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	1
<b>2</b>	<b>Die Plenarprotokolle und Drucksachen des Deutschen Bundestages</b> .....	9
2.1	Kurzdarstellungen der einzelnen Wahlperioden .....	12
2.1.1	12. Wahlperiode (1990–1994) .....	12
2.1.2	13. Wahlperiode (1994–1998) .....	14
2.1.3	14. Wahlperiode (1998–2002) .....	16
2.1.4	15. Wahlperiode (2002–2005) .....	20
2.1.5	16. Wahlperiode (2005–2009) .....	25
2.2	Gesamtüberblick .....	31
2.3	Auswahl der Dokumente für die Feinanalyse .....	35
<b>3</b>	<b>Theorie und Methode</b> .....	39
3.1	Relationale Sozialtheorie: Die Bielefelder Lesart Bourdieus ....	40
3.2	Ambivalente Säkularität: Weder <i>post-</i> noch modern .....	44
3.2.1	Der Konfliktansatz in der Säkularisierungsdebatte .....	44
3.2.2	Die Ambivalenz des Säkularen .....	47
3.3	Relationale Methode: HabitusAnalysis .....	51
3.3.1	Das praxeologische Quadrat und seine Erweiterung zum Dispositionennetzwerk .....	51
3.3.2	Temporalität .....	54
3.3.3	Hilfskonstruktionen .....	56
<b>4</b>	<b>Islam und Asyl</b> .....	57
4.1	Die Asyldebatte der frühen 1990er Jahre .....	58
4.2	Zwei Außenseiter .....	62

4.3	Die Reden .....	64
4.3.1	Freimut Duve (SPD) .....	64
4.3.2	Ursula Schmidt (SPD) .....	71
4.4	Fazit: Muslime als Randthema in der Asyldebatte .....	75
<b>5</b>	<b>Islam und Außenpolitik .....</b>	<b>77</b>
5.1	„Kritischer Dialog“? Die deutsche Iranpolitik in den 90er Jahren: zwischen Wirtschaftsbeziehungen und Terrorismus .....	78
5.1.1	Die Rushdie-Affäre .....	78
5.1.2	Die Reaktion des Bundestags auf die Rushdie-Affäre .....	80
5.1.3	Der „kritische Dialog“ .....	87
5.1.4	Der Mykonos-Prozess .....	89
5.1.5	Huntingtons „clash of civilizations“ .....	90
5.1.6	Die Friedenspreis-Affäre um Annemarie Schimmel .....	91
5.1.7	Die Ermordungen von Schakaki und Rabin .....	93
5.1.8	Fazit: Die Ausgangssituation für die Islamkonferenz 1995 .....	95
5.2	Akteure .....	96
5.3	Die Reden .....	98
5.3.1	Überblick .....	98
5.3.2	Karsten Voigt (SPD) .....	101
5.3.3	Klaus Kinkel (FDP) .....	107
5.3.4	Freimut Duve (SPD) .....	116
5.3.5	Rudolf Bindig (SPD) .....	122
5.3.6	Andreas Schockenhoff (CDU) .....	127
5.4	Fazit: Kalter Krieg mit Huntington .....	132
<b>6</b>	<b>Islam und innere Sicherheit .....</b>	<b>137</b>
6.1	MuslimInnen in Deutschland zwischen Einbürgerung und Terrorismusverdacht .....	138
6.1.1	Die Staatsbürgerschaftsreform .....	139
6.1.2	Scientology und der „Kalif von Köln“ .....	141
6.1.3	Die Anschläge vom 11. September 2001 .....	143
6.1.4	Die Sicherheitspakete .....	144
6.1.5	Fazit .....	145
6.2	Akteure .....	146
6.3	Die Reden .....	148
6.3.1	Überblick .....	148
6.3.2	Sebastian Edathy (SPD) .....	148
6.3.3	Hans-Peter Uhl (CSU) .....	154

6.3.4	Cem Özdemir (Grüne)	163
6.3.5	Max Stadler (FDP)	175
6.3.6	Ulla Jelpke (PDS)	181
6.3.7	Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD)	188
6.4	Fazit: Reaktionen auf Islamismus zwischen Strafrecht und Abschiebung	196
<b>7</b>	<b>Islam und Integration</b>	203
7.1	Forschungsstand zur DIK	204
7.2	Muslimische MigrantInnen als Gegenstand öffentlicher Kontroversen	212
7.2.1	Der Mord an Theo van Gogh	213
7.2.2	Der Karikaturenstreit	215
7.2.3	Der Integrationsgipfel	219
7.2.4	Die Regensburger Papstrede	222
7.2.5	Die Idomeneo-Kontroverse	224
7.2.6	Fazit: Die Ausgangssituation für die Islamkonferenz 2006	225
7.3	Akteure	226
7.4	Die Reden	228
7.4.1	Überblick	228
7.4.2	Wolfgang Schäuble (CDU)	232
7.4.3	Hartfrid Wolff (FDP)	248
7.4.4	Renate Künast (Grüne)	257
7.4.5	Hans-Peter Uhl (CSU)	264
7.4.6	Sevim Dağdelen (LINKE)	273
7.4.7	Lale Akgün (SPD)	280
7.4.8	Ralf Göbel (CDU)	289
7.5	Fazit: Von paradoxen Säkularismen in der Integrationspolitik	298
7.5.1	Verschiedene Integrationspolitiken	299
7.5.2	Von ambivalenten und paradoxen Säkularismen	305
<b>8</b>	<b>Fazit</b>	309
8.1	Ergebnisse der Untersuchung	310
8.2	Die zwei deutschen Islamkonferenzen: Von 1995 zu 2006	315
8.3	Der Islamdialog: Von außen nach innen?	319
	<b>Literatur</b>	323

---

# Abbildungsverzeichnis

Abb. 3.1	Praxeologisches Quadrat, Beispiel .....	52
Abb. 3.2	Dispositionennetzwerk, Beispiel .....	53
Abb. 4.1	Freimut Duve, Netzwerk .....	67
Abb. 4.2	Ursula Schmidt, praxeologische Quadrate .....	73
Abb. 4.3	Ursula Schmidt, detailliertere Darstellung der praxeologischen Quadrate .....	74
Abb. 4.4	Quadrate „Islam als Fluchtursache“ (links) und „MuslimInnen als potenzielle Flüchtende“ (rechts) .....	76
Abb. 5.1	„Praxeologisches Parallelogramm“, Freimut Duve, PP 11/128 .....	86
Abb. 5.2	Verteilung der Topoi in den Reden .....	99
Abb. 5.3	Karsten Voigt, Dispositionsnetzwerk .....	105
Abb. 5.4	Klaus Kinkel, Dispositionsnetzwerk .....	112
Abb. 5.5	Freimut Duve, Dispositionsnetzwerk .....	119
Abb. 5.6	Rudolf Bindig, Dispositionsnetzwerk .....	125
Abb. 5.7	Andreas Schockenhoff, Dispositionsnetzwerk .....	130
Abb. 5.8	Die Strategietransformation „Wirtschaftshilfe als Instrument äußerer Sicherheitspolitik“ .....	133
Abb. 5.9	Differenziertes Islambild .....	135
Abb. 6.1	Sebastian Edathy, Dispositionsnetzwerk .....	151
Abb. 6.2	Hans-Peter Uhl, Dispositionsnetzwerk .....	160
Abb. 6.3	Cem Özdemir, Dispositionsnetzwerk (1/2) .....	169
Abb. 6.4	Cem Özdemir, Dispositionsnetzwerk (2/2) .....	170
Abb. 6.5	Max Stadler, Dispositionsnetzwerk .....	179
Abb. 6.6	Ulla Jelpke, Dispositionsnetzwerk .....	185
Abb. 6.7	Cornelie Sonntag-Wolgast, Dispositionsnetzwerk .....	194

---

Abb. 6.8	Positionen der Abgeordneten .....	197
Abb. 6.9	Strafrecht .....	198
Abb. 6.10	Verbot .....	198
Abb. 6.11	Abschiebung .....	199
Abb. 7.1	Verteilung der Topoi in den Reden .....	229
Abb. 7.2	Wolfgang Schäuble, Dispositionsnetzwerk .....	239
Abb. 7.3	Hartfrid Wolff, Dispositionsnetzwerk .....	253
Abb. 7.4	Renate Künast, Dispositionsnetzwerk .....	261
Abb. 7.5	Hans-Peter Uhl, Dispositionsnetzwerk .....	267
Abb. 7.6	Sevim Dağdelen, Dispositionsnetzwerk .....	276
Abb. 7.7	Lale Akgün, Dispositionsnetzwerk .....	284
Abb. 7.8	Ralf Göbel, Dispositionsnetzwerk .....	294
Abb. 7.9	Spannung zwischen Autonomie und Einflussnahme in der Rede Ralf Göbels .....	307

---

# Tabellenverzeichnis

Tab. 2.1	Trefferliste für die Suchbegriffe .....	10
Tab. 2.2	Stellenwert islambezogener Themen in den Wahlperioden 12–16 .....	32
Tab. 2.3	Fünf meistvergebene Themenschlagworte je Wahlperiode ....	33
Tab. 2.4	Für die Feinanalyse ausgewählte Plenarprotokolle mit Schlagworten .....	36
Tab. 3.1	Dimensionen von Säkularisierung und deren Aspekte .....	46
Tab. 4.1	Freimut Duve, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 26. Mai 1993: Übersicht .....	66
Tab. 4.2	Ursula Schmidt, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 26. Mai 1993: Übersicht .....	72
Tab. 5.1	Bildungsabschlüsse der Abgeordneten .....	97
Tab. 5.2	Karsten Voigt, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 22. November 1995: Übersicht .....	104
Tab. 5.3	Klaus Kinkel, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 22. November 1995: Übersicht .....	110
Tab. 5.4	Freimut Duve, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 22. November 1995: Übersicht .....	118
Tab. 5.5	Rudolf Bindig, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 22. November 1995: Übersicht .....	124
Tab. 5.6	Andreas Schockenhoff, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 22. November 1995: Übersicht .....	129
Tab. 6.1	Bildungsabschlüsse der Abgeordneten .....	147
Tab. 6.2	Sebastian Edathy, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 9. November 2001: Übersicht .....	152

---

Tab. 6.3	Hans-Peter Uhl, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 9. November 2001: Übersicht .....	158
Tab. 6.4	Cem Özdemir, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 9. November 2001: Übersicht .....	166
Tab. 6.5	Max Stadler, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 9. November 2001: Übersicht .....	177
Tab. 6.6	Ulla Jelpke, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 9. November 2001: Übersicht .....	183
Tab. 6.7	Cornelie Sonntag-Wolgast, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 9. November 2001: Übersicht .....	191
Tab. 7.1	Bildungsabschlüsse der Abgeordneten .....	227
Tab. 7.2	Wolfgang Schäuble, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	236
Tab. 7.3	Hartfrid Wolff, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	250
Tab. 7.4	Renate Künast, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	259
Tab. 7.5	Hans-Peter Uhl, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	268
Tab. 7.6	Sevim Dagdelen, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	275
Tab. 7.7	Lale Akgün, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	285
Tab. 7.8	Ralf Göbel, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 28. September 2006: Übersicht .....	292
Tab. 7.9	Polarisierung der Integrationspolitiken .....	300



# Einleitung

# 1

Ende November, Anfang Dezember 2018 ging eine Blutwurst durch die deutsche Medienlandschaft. Was war geschehen? Beim Abendempfang zur Auftaktveranstaltung der vierten Runde der Deutschen Islamkonferenz war eben jene Wurst Teil des Buffets. Da dieses Stück Kölner kulinarischer Kultur nicht bloß aus Schweinefleisch, sondern – dem Namen gemäß – auch aus Schweineblut hergestellt wird und somit gleich doppelt den islamischen Speisevorschriften widerspricht, wurde dies dem gastgebenden Bundesinnenminister Horst Seehofer als Mangel an Fingerspitzengefühl ausgelegt (vgl. etwa Balzer 2018).

Bereits diese kurze Episode verdeutlicht, dass die Beziehung zwischen deutscher Politik und Islam bzw. MuslimInnen ein sensibler Bereich ist. So kommentierte Ferda Ataman (2018) bei *SPIEGEL Online*, dies sei womöglich ein „Vorgeschmack auf den ‚deutschen Islam‘, den sich Horst Seehofer wünscht: so wenig muslimisch wie möglich.“ Dabei werde jedoch vollständig aus dem Diskurs ausgeklammert, „dass es auch Leute gibt, die für Muslime gehalten werden, aber gar keine sind.“ Dies wirft erneut die Frage auf, die auch Riem Spielhaus (2011) bereits zehn Jahre früher<sup>1</sup> im Titel ihrer Dissertation gestellt hat: *Wer ist hier Muslim?*

Dies ist eine der Fragen, denen im vorliegenden Buch nachgegangen wird. Dabei ist die hier verfolgte Fragestellung zunächst das Ergebnis des Scheiterns einer anderen. Unter dem Eindruck der kurz zuvor begonnenen PEGIDA-Demonstrationen sollte die Frage ursprünglich sein, wie sich zwischen 1990 und 2014 die von den beiden Verbänden DİTİB und Millî Görüş vertretene religiöse Praxis und der Säkularismus<sup>2</sup> des deutschen Staates im wechselseitigen Verhältnis zueinander gewandelt haben. Im Laufe der ersten Materialsichtung für diese Fragestellung – ein

---

<sup>1</sup>Wenngleich erst 2011 publiziert, wurde die Dissertation bereits im Juni 2008 eingereicht.

<sup>2</sup>Gemeint sind „die normativen Vorstellungen, die sich nichtreligiöse Akteure von legitimer religiöser Praxis machen und die sie durch Kompromittierung des religiösen Feldes als dessen

Screening von etwa 3000 Drucksachen und Plenarprotokollen des Bundestages – wurde diese Fragestellung jedoch in Zweifel gezogen, da es in diesen Dokumenten in den wenigsten Fällen um religiöse Praxis ging, dafür aber allein im Migrationsdiskurs viel mehr um Themen wie Vereinbarkeit von Islam und Grundgesetz oder Ausbildung, Erwerbsarbeit, Deutschkenntnisse oder interethnische Kontakte von Eingewanderten. Insgesamt ließe sich mit Levent Tezcan (2011a, S. 100) der Schluss ziehen, dass „Religion [...] die Rahmung für eine Problematisierung gesellschaftlicher Fragen dar[stellt], und nicht nur [...] die alleinige inhaltliche Dimension des Dialogs.“ Wenn aber, wie beobachtet, Fragen der religiösen Praxis in der Debatte eher am Rande als im Mittelpunkt behandelt werden, dann stellt sich die Frage, inwiefern wir es denn von staatlicher Seite überhaupt mit „normativen Vorstellungen, die sich nichtreligiöse Akteure von legitimer religiöser Praxis machen“ (Schlerka 2016, S. 124), also mit Säkularismus, zu tun haben. Damit war die ursprüngliche Fragestellung in erhebliche inhaltliche Zweifel gezogen.

Doch „fast jede Zerstörung hat ’nen progressiven Kern“ (Antilopen Gang), und so barg auch das Verwerfen dieser Frage bereits den Kern für eine neue Fragestellung. Denn dass in den Drucksachen und Plenarprotokollen nur wenig die Rede von religiöser Praxis ist, lässt sich bereits als ein erstes Forschungsergebnis betrachten. Dieses deutet darauf hin, dass Islam und MuslimInnen von den Abgeordneten des Bundestags nicht als religiöse Kategorien betrachtet werden. Ähnliches wurde bereits in der Forschungsliteratur beobachtet.

### **Entwicklung der Fragestellung und Forschungsstand**

Im Zusammenhang mit der Vermischung von religiösen und ethnischen Kategorien im Hinblick auf muslimische MigrantInnen sind die Publikationen von Riem Spielhaus (2006, 2010, 2011, 2013), Levent Tezcan (2011a,b, 2012), Nina Clara Tiesler (2004), Naika Foroutan (2012) und Christoph Ramm (2010) zu nennen. So untersucht Spielhaus (2011) in ihrer Dissertation die Herausbildung als muslimisch begriffener Identitäten auch bei Personen, die sich zuvor nicht als MuslimInnen betrachtet hatten. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass „[d]afür, was Muslim zu sein im zeitgenössischen Kontext bedeutet“ (Spielhaus 2011, S. 185) nicht mehr bloß ein religiöses Bekenntnis entscheidend ist, sondern zunehmend auch gesellschaftliche Zuschreibungen eine Rolle spielen; in Anlehnung an Grace Davie (1990) spricht Spielhaus hier von „belonging without believing“ (Spielhaus 2011, S. 185). Sie kommt ferner zu dem Ergebnis, dass die von ihr beobachteten Identitäts- und Gemeinschaftsbildungsprozesse „in engem Zusammenhang mit

---

*nomos* durchzusetzen versuchen“ (Schlerka 2016, S. 124; vgl. auch zur Nachjustierung der Begriffe Schlerka 2018b).

der Herausbildung einer Islampolitik“ (Spielhaus 2011, S. 183) stehen. In weiteren Publikationen argumentiert sie in Anlehnung an Olivier Roy (2004), die Kategorie „MuslimIn“ werde in der deutschen Mediendebatte weniger als religiöse denn vielmehr als ethnische Kategorie verwendet (Spielhaus 2010); der öffentlichen Debatte attestiert sie entsprechend eine zunehmende Vermischung von Integrations- und Islamthemen (Spielhaus 2006, 2013). Levent Tezcan (2012) spricht im Zusammenhang mit der Deutschen Islamkonferenz davon, dass „aus der Ausländerintegration [...] Muslimintegration“ (Tezcan 2012, S. 164) werde. Dabei werde auch die eigentlich paradoxe Kategorie der „säkularen Muslime“ geschaffen, die nun gezwungen seien, „sich mehr oder weniger entlang der Religionsachse [zu] positionieren“ (Tezcan 2011a, S. 92), um am Integrationsdiskurs teilzunehmen. All dies fasst er auch mit dem Begriff der Kulturalisierung. Diese sieht er im Diskurs über MuslimInnen in Deutschland in vier Formen am Werk: a) als „Zuschreibung‘ einer kollektiven Einheit“ (Tezcan 2011b, S. 358); b) als gouvernementale Strategie zur Konstruktion von Eingewanderten „als verantwortliche Subjekte“ (Tezcan 2011b, S. 364); c) als Initiative zur „Modernisierung des Islam“ (Tezcan 2011b, S. 371); und d) als strategisches Instrument, das gegen die Islampolitik in Anschlag gebracht wird. Nina Clara Tiesler (2004) untersucht in ihrer Dissertation „identitätspolitische, islamtheologische und -rechtliche Konzepte, die in Europa entwickelt wurden und sich auf den europäischen Raum beziehen“ (Tiesler 2004, S. 10). Dabei stellt sie eine „Islamisierung der Debatten“ (Tiesler 2004, S. 124) um Migration fest. Naika Foroutan (2012) untersucht verschiedene Wahrnehmungen von und Vorurteile gegen MuslimInnen in der deutschen öffentlichen Debatte und konfrontiert diese mit wissenschaftlichen Ergebnissen zu den jeweiligen Themen. Dabei diagnostiziert auch sie, unter Berufung auf Spielhaus (2006), in der öffentlichen Debatte eine Gleichsetzung von „Migranten, Ausländer[n] und Personen mit Migrationshintergrund [...] mit ‚Muslimen‘“ (Foroutan 2012, S. 56). Christoph Ramm (2010) spricht davon, dass Deutschland türkische ImmigrantInnen „islamisiere“, d. h. vormals ethnisch als „AusländerInnen“ betrachtete Personen als „MuslimInnen“ betrachte.

Das Ergebnis all dieser Literatur lässt sich so zusammenfassen, dass die Kategorie „MuslimIn“ zunehmend vom religiösen Bekenntnis und religiöser Praxis entkoppelt wird. Anders gesagt, bezeichnet „MuslimIn“ in der migrationspolitischen Debatte nicht mehr unbedingt eine durch ihre religiöse Praxis, sondern vielmehr eine durch ihre Ethnie gekennzeichnete Person. Dem entspricht auch die von der eingangs zitierten Ferda Ataman (2018) gemachte Beobachtung, dass ein türkischer Name bereits ausreiche, um bei Veranstaltungen als Islamexpertin eingeladen zu werden. Neben ähnlichen Ergebnissen vereint sämtliche genannte Literatur, dass sie die Migrationspolitik der 2000er Jahre fokussiert. Das bereits gesammelte und durchgesehene Material hingegen war wesentlich heterogener, umfasste es doch

*sämtliche* zwischen 1990 und 2013 entstandenen Drucksachen und Plenarprotokolle, in denen mindestens einer der Suchbegriffe *islam\**, *muslim\**, *moslem\** oder *mohammedan\** vorkommt. Mit Blick auf die Politik stellte sich die Frage, ob sich die Beobachtung einer Entkopplung der Kategorien „Islam“ und „MuslimIn“ auch für andere Zeitpunkte und Politikbereiche machen lässt. Mit dieser Umorientierung konnte zunächst das bereits gesammelte und durchgesehene Material von Drucksachen und Plenarprotokollen des Bundestags übernommen werden. Um die Perspektive nicht zu sehr einzuengen, wurde die Frage für beide Kategorien getrennt formuliert und offener gestaltet. So ergab sich folgende Doppelfragestellung: Wie wird der Islam in den Debatten des Deutschen Bundestags wahrgenommen? Und: Wie werden MuslimInnen in den Debatten des Deutschen Bundestags wahrgenommen?

Durch diesen Wechsel der Fragestellung verschoben sich zugleich der Gegenstand der Arbeit und der Forschungskontext, in dem sie stand. So drehte sich die alte Fragestellung um MuslimInnen in Deutschland und ihre Beziehung zum Staat. Damit hätte die Arbeit im Kontext der Studien von Werner Schiffauer (2007, 2010, 2012) und Schiffauer und Bojadzijeve (2009) vor allem zur Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, Kerstin Rosenow-Williams (2013) zu Strategien islamischer Organisationen in Deutschland, Levent Tezcan (2000, 2002) zur Rolle religiöser Gruppierungen in der türkischstämmigen Bevölkerung oder auch Bärbel Beinhauer-Köhler (2010) zur Entwicklung der Moscheen in Deutschland gestanden.

Mit der *neuen Fragestellung* rückt demgegenüber die deutsche Politik ins Zentrum der Aufmerksamkeit, während es nur noch mittelbar um MuslimInnen geht. Insofern ist *deutsche Politik und ihre Wahrnehmung von Islam und MuslimInnen* Thema dieses Buches. So besteht der für das Projekt relevante Forschungsstand zunächst aus den bereits erwähnten Forschungsarbeiten von Riem Spielhaus (2006, 2011, 2013), Levent Tezcan (2011a, 2012) und Naika Foroutan (2012). Wo Spielhaus (2011) jedoch Identitätsbildungsprozesse bei als muslimisch verstandenen Persönlichkeiten untersucht, legt dieses Buch die Perspektive auf die Bundespolitik und betrachtet gewissermaßen eine mögliche Herkunft der von Spielhaus identifizierten Zuschreibungen. Levent Tezcan (2012) hingegen betrachtet die Konstruktion der Kategorie „MuslimIn“ im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz – diese Arbeit hat eine ähnliche Zielsetzung, ist jedoch mit Blick auf die untersuchten Debatten wesentlich breiter angelegt. Naika Foroutan (2012) legt den Fokus vor allem auf die Überprüfung und Widerlegung von im öffentlichen Diskurs verbreiteten Vorurteilen, während die Fragestellung dieser Arbeit offener gestaltet ist: In diesem Buch wird gefragt, wie politische Akteure, nämlich Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Islam und MuslimInnen wahrnehmen.

Daneben steht dieses Buch auch im Kontext neuerer Studien. Schirin Amir-Moazami (2018b, S. 10) beschreibt die Frage nach „den Annahmen, wer diese Muslime vermeintlich sind und was an ihnen für wissenschaftlich erachtet und was damit zugleich ausgeblendet wird“, als wissenschaftliches Neuland. Die in dem von ihr herausgegebenen Band *Der inspizierte Muslim* (Amir-Moazami 2018a) enthaltenen Beiträge widmen sich dieser Frage. Für dieses Buch sind aus diesem Band vor allem die Beiträge von Amir-Moazami (2018c) selber sowie die von Schepelern Johansen und Spielhaus (2018) und Müller (2018) relevant. So spürt Amir-Moazami (2018c, S. 92) den „epistemologischen Prämissen“ der europäischen Islamforschung nach und fügt diese in einen breiten gesellschaftlichen und politischen Kontext ein. Dabei fordert sie, ForscherInnen müssten „nach den historischen *Bedingungen* fragen, die bestimmte Epistemologien, bestimmte Methodologien und bestimmte Forschungsfragen auf den Plan rufen“ (Amir-Moazami 2018c, S. 93). In diesem Geiste untersuchen Schepelern Johansen und Spielhaus (2018, S. 126) in ihrem Beitrag die „Konstruktion und Operationalisierung der Kategorie *Muslim*“ in quantitativen Erhebungen, wobei sie besonderes Augenmerk auf die Aspekte Sampling, Fragestellung, geographische und räumliche Bezüge, Erhebungsmethoden, Vergleiche und Themen legen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass „MuslimInnen als MigrantInnen oder Menschen mit Migrationshintergrund konzeptualisiert werden“ (Schepelern Johansen und Spielhaus 2018, S. 150) – ganz so, wie auch im Material des Bundestages beobachtet. Müller (2018) widmet sich in seinem Beitrag der Frage, wie „der Staat zwischen ‚extremistischem‘ und ‚nicht-extremistischem‘ Islam“ unterscheidet (Müller 2018, S. 187) und legt dabei den Fokus auf die Deutsche Islamkonferenz. Dabei arbeitet er „vier Dilemmata der Interaktion zwischen Staat und islamischen Verbänden“ (Müller 2018, S. 203) heraus, die weiter unten in diesem Buch (S. 210) näher vorgestellt werden. Ein weiterer Bezugspunkt dieses Buches sind die Arbeiten von Hanna Fülling (2016, 2019) zum Religions- und Integrationsverständnis der Deutschen Islamkonferenz (siehe auch hier für eine detailliertere Diskussion weiter unten, S. 207) sowie von Astrid Mattes (2018) zur Nutzung der Kategorie „Muslim“ in parlamentarischen Integrationsdebatten in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Dieses Buch widmet sich ebenfalls der erwähnten, von Schirin Amir-Moazami (2018b,c) aufgeworfenen Frage nach der Konstruktion der Kategorien „Islam“ und „MuslimInnen“. Im Unterschied zur Arbeit von Schepelern Johansen und Spielhaus (2018) jedoch werden nicht Studien aus dem Bereich quantitative Sozialforschung, sondern die Debatten des Deutschen Bundestages in den Blick genommen. Damit wird quasi ein Schritt zurück gegangen, denn gerade die quantitativen Befragungen entstehen oftmals in Reaktion auf Nachfrage aus der Politik (vgl. Amir-Moazami 2018c; Schepelern Johansen und Spielhaus 2018). Von der Forschung

Müllers (2018) unterscheidet sich diese Arbeit durch ihre breitere Anlage: Wo Müller spezifisch nach sicherheitspolitischen Implikationen des Dialogs der Deutschen Islamkonferenz fragt, wird hier allgemein der Konstruktion der Kategorien in vier thematisch und zeitlich unterschiedenen Debatten nachgegangen. Ähnliches gilt für die Forschung Mattes' (2018), die ausschließlich Debatten zum Thema Integration untersucht. Während Mattes zudem quasi-quantitativ mittels einer Auszählung von Textcodierungen arbeitet und international vergleichend angelegt ist, setzt das vorliegende Buch auf einen qualitativen Zugang mit klarem Fokus auf die deutsche Politik auf Bundesebene. Die Forschung Füllings (2016; 2019) hingegen ist zugleich spezifischer und allgemeiner als die in diesem Buch dokumentierte Arbeit: Spezifischer, da auch sie sich auf die Deutsche Islamkonferenz konzentriert, und allgemeiner, weil sie den Begriffen „Religion“ und „Integration“ nachgeht, von denen zumindest der erstgenannte ein Oberbegriff für die hier untersuchten Kategorien ist.

### Theoretischer Hintergrund

Die theoretische Perspektive, von der aus die genannten Forschungsfragen bearbeitet werden, ist die von Heinrich Schäfer (2015, 2020) entwickelte Lesart der Praxeologie Pierre Bourdieus (1993; 2010). Dieser theoretische Zugang erscheint zunächst aufgrund von Bourdieus Forderung, „die Objektivierung [zu] objektivieren“ (Bourdieu 1993, S. 57), dem Vorhaben dieser Arbeit angemessen. Eigentlich auf Wissenschaftstheorie bezogen, ist mit dieser etwas kryptischen Formulierung gemeint, den Blick weg von den Erkenntnisgegenständen selbst und hin zur *Konstruktion* der Erkenntnisgegenstände zu lenken – also darauf, wie Erkenntnisgegenstände überhaupt erst definiert werden. Von der Wissenschaftstheorie auf die Politik gewendet, entspricht dies haargenau dem Erkenntnisinteresse, das in dieser Arbeit verfolgt wird. Damit lässt sich die oben angegebene Fragestellung theoretisch präzisieren:

- Wie wird der Islam in den Debatten des Bundestags objektiviert?
- Wie werden MuslimInnen in diesen Debatten objektiviert?

Die praxeologische Herangehensweise bringt zudem eine konsequent *relationale* Epistemologie mit sich. Dem entspricht die Annahme, dass Begriffe – im vorliegenden Fall „Islam“ und „MuslimInnen“ – keinen ihnen inhärenten Sinn besitzen, sondern diesen erst im Gebrauch erhalten, und zwar aus ihrer „position among other elements, which are related to one another by a specific logic“ (Schäfer 2015, S. 103). Für die Bearbeitung der Fragestellung bedeutet das, danach zu fragen, in welchem *Kontext* von Islam und MuslimInnen gesprochen wird und mit welchen anderen Begriffen sie gemäß welcher Logik in Relation gesetzt werden. Die Bie-

lefelder Lesart Bourdieus hält mit der HabitusAnalysis eine spezifisch relationale Methode bereit, um derartige Fragestellungen detailliert bearbeiten zu können. Aus dem im Rahmen der HabitusAnalysis enthaltenen Instrumentarium kommen in diesem Buch das Modell des praxeologischen Quadrats und seine Erweiterung zum Dispositionennetzwerk zum Einsatz. Sowohl Theorie als auch Methode werden weiter unten (Kapitel 3) ausführlicher behandelt.

Im theoretischen und methodischen Bereich finden sich auch zwei Themen in diesem Buch wieder, die zunächst wie Relikte der ursprünglichen, alten Fragestellung erscheinen. Dabei handelt es sich einerseits um das Thema der Säkularität und andererseits um Temporalität. Beide Themen haben sich jedoch auch bei der Analyse der Objektivierung von Islam und MuslimInnen als nützlich erwiesen. So war der Temporalitätsaspekt in einem Fall (4.3.1) der entscheidende Schlüssel zum Verständnis einer Rede, während der Säkularitätsaspekt in der Diskussion der Ergebnisse des Kapitels über die Deutsche Islamkonferenz eine Rolle spielt.

### **Struktur des Buches**

Das Buch dreht sich um die Konstruktion der Kategorien Islam und MuslimInnen in den Debatten des Deutschen Bundestags. Dazu wurde zunächst eine Datenbank mit sämtlichen Drucksachen und Plenarprotokollen aus den Wahlperioden 12 bis 16 (entspricht den Jahren 1990 bis 2009) angelegt, in denen mindestens einer der Suchbegriffe *islam\**, *muslim\**, *moslem\** oder *mohammedan\** vorkommt. In Kapitel 2 wird der Aufbau und die Systematik der Verschlagwortung dieser Datenbank erläutert, bevor für jede der abgedeckten Wahlperioden anhand einer Auszählung der vergebenen Schlagworte kurz dargestellt wird, in welchem Kontext die Suchbegriffe vorkamen. Diese Darstellungen werden schließlich zu einem Gesamtüberblick verdichtet. Das Kapitel schließt mit einer Diskussion der Kriterien zur Auswahl von Debatten für die spätere Feinanalyse und stellt die aufgrund dieser Kriterien ausgewählten Plenarprotokolle kurz vor.

Darauf folgt in Kapitel 3 eine ausführlichere Diskussion von Theorie und Methode. Dabei wird zunächst die Bielefelder Lesart von Bourdieus Praxeologie skizziert. In diesem Rahmen wird sowohl auf den relationalen Ansatz als auch auf zentrale Begriffe wie Dispositionen, Habitus, praktische Logik, Kapital, Feld und Raum eingegangen. Diese Begriffe werden zudem anhand des Beispiels eines Akteurs beim Zahnarzt veranschaulicht. Darauf folgt ein Abschnitt über Säkularität, in dem der vom Autor stammende Ansatz von Säkularisierung als Konflikt beschrieben und einige darauf aufbauende Gedanken zum normativen Gehalt von Säkularität entwickelt werden. Zuletzt wird in diesem Kapitel die Methode dargestellt. Dabei wird vor allem auf die Modelle des praxeologischen Quadrats und seiner Erweiterung zum Netzwerk eingegangen; zur Veranschaulichung wird das

bereits zu Beginn des Kapitels genutzte Beispiel eines Akteurs beim Zahnarzt verwendet. In diesem Rahmen erfolgen auch Darstellungen erster Überlegungen zur Abbildung von Temporalität in den Netzwerken und zu in diesem Buch verwendeten Hilfskonstruktionen.

Nach dem Theorie- und Methodenkapitel folgen vier Analysekapitel, die den Hauptteil des Buches ausmachen. Dafür wurden vier Debatten ausgewählt. Zunächst wird die nur verhältnismäßig kurze Erwähnung von Islam und MuslimInnen in der Debatte zum sog. „Asylkompromiss“ von 1993 behandelt (Kapitel 4). Danach folgt die erste systematische Analyse der Debatte zu einem heute annähernd vergessenen Versuch Klaus Kinkels aus dem Jahre 1995, eine Islamkonferenz zu veranstalten (Kapitel 5). Das nächste Kapitel widmet sich der Debatte um die Streichung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz im unmittelbaren Nachgang zu den Anschlägen vom 11. September 2001 (Kapitel 6), und das letzte Analysekapitel behandelt die Debatte anlässlich der Einsetzung der Deutschen Islamkonferenz im Jahr 2006 (Kapitel 7).

Jedes dieser Analysekapitel folgt derselben Struktur. Zunächst wird, gemäß der von Amir-Moazami (2018c) erhobenen Forderung nach stärkerer Kontextualisierung, ausführlich der gesellschaftliche Kontext behandelt, in dem die zu analysierende Debatte stattfand. Darauf folgt eine kurze, zusammenfassende Darstellung der in der Debatte zu Wort kommenden Abgeordneten. In dieser Darstellung liegt der Fokus auf den Bildungsabschlüssen der PolitikerInnen, um sie zumindest ansatzweise sozialstrukturell verorten zu können. Danach wird ein kurzer Gesamteindruck der Debatte vermittelt und die Auswahl der *en détail* analysierten Reden vorgenommen, bevor die Redeanalysen selber folgen. Abgeschlossen wird jedes der Analysekapitel mit einem Fazit, das die in den Analysen gewonnenen Erkenntnisse über die Objektivierung von Islam und MuslimInnen zusammenfasst und diese diskutiert.

Das Buch schließt mit einem Fazit (Kapitel 8), in dem rückblickend die Ergebnisse aller Analysekapitel zusammengefasst werden. Zudem wird ein Blick nach vorne gewagt und eine über dieses Projekt hinausgehende Forschungsfrage aufgeworfen.

Nach dem Fazit folgt noch ein Anhang, in dem zwei im Rahmen des Projektes entwickelte Hilfsprogramme vorgestellt werden: Eines zur besseren Handhabung der Metadaten zu den Drucksachen und Plenarprotokollen, und eines zur Auszählung von Schlagworten aus Literaturdatenbanken. Zudem enthält der Anhang eine vollständige Liste der in der Datenbank vergebenen Schlagworte und eine Tabelle zur Finanzierung der Deutschen Islamkonferenz und des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs, auf die sich im Fazit bezogen wird.



# Die Plenarprotokolle und Drucksachen des Deutschen Bundestages

# 2

Grundlage dieser Arbeit ist die Gesamtheit derjenigen Drucksachen und Plenarprotokolle aus den Wahlperioden 12 bis 16 (1990 bis 2009), in denen mindestens einer der Suchbegriffe *islam\**, *muslim\**, *moslem\** oder *mohammedan\** vorkommen. Während die Auswahl der in den Kapiteln 4 bis 7 detailliert analysierten Debatten auf einem ersten Screening der Dokumente basiert, wurde das Korpus während eines zweiten Durchgangs in Gänze in eine verschlagwortete Datenbank überführt, die diesem Buch beiliegt.

Am Anfang der Datenbank stand eine im PDOK-System des Deutschen Bundestages<sup>1</sup> ausgeführte Suche nach den Begriffen *islam\**, *muslim\**, *moslem\** und *mohammedan\**, die auf die Wahlperioden 12 bis 16 beschränkt war. Die zeitliche Begrenzung erklärt sich zunächst aus der in der Einleitung erwähnten alten Fragestellung und einer nach Änderung der Frage erfolgten weiteren Einschränkung. Diese Suche förderte zunächst 2475 Dateien zutage, die sich nach Entfernung von aufgrund von Überschneidungen in den Suchbegriffen doppelt vorkommenden Dateien auf eine Zahl von 1856 reduzierte (siehe die nach Wahlperioden aufgeschlüsselte Ergebnisübersicht in Tab. 2.1). Die Ergebnisse der Suche wurden in Gänze heruntergeladen. Mittels des selbst entwickelten Programms BT-Tool (siehe Anhang 1, S. 319) wurden aus den vom Bundestag in einem eigens definierten XML-Format bereitgestellten Metadaten<sup>2</sup> den Suchergebnissen entsprechende

<sup>1</sup>Siehe <<https://pdok.bundestag.de/>>, zuletzt aufgerufen am 12.02.2020.

<sup>2</sup>Siehe <<https://www.bundestag.de/services/opendata>>, zuletzt aufgerufen am 12.02.2020.

**Elektronisches Zusatzmaterial** Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, das berechtigten Benutzern zur Verfügung steht  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-33725-4\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-33725-4_2).

**Tab. 2.1** Trefferliste für die Suchbegriffe

Suchbegriff / Wahlperiode	12	13	14	15	16	Gesamt
islam*	157	243	253	280	609	1542
muslim*	74	90	121	103	280	668
moslem*	84	55	56	30	34	259
mohammedan*	2	3	1	0	0	6
Gesamt (mit doppelten Dokumenten)	317	391	431	413	923	2475
Gesamt (ohne doppelte Dokumente)	219	307	315	314	701	1856

BibTeX-Dateien erstellt. Diese wurden schließlich in die Literaturverwaltungssoftware Zotero<sup>3</sup> importiert.

Im Anschluss wurde die so entstandene Rohdatenbank mit Schlagworten versehen. Dabei kamen sechs Kategorien von Schlagworten zum Einsatz, und zwar zunächst die im jeweiligen Dokument vorkommenden *Suchbegriffe*, der *Stellenwert* des islambezogenen Themas im Dokument, der *Politikbereich*, in dem das islambezogene Thema angesprochen wird, bei außenpolitischen Bezügen die jeweiligen *Länder bzw. Regionen*, eventuell erwähnte muslimische *Organisationen und Gruppierungen* sowie schlussendlich die im Kontext der Suchbegriffe angesprochenen *Themen* (siehe auch die komplette Auflistung der Schlagworte im Anhang 2, S. 325). Dabei waren die Suchbegriffe und die Schlagworte zum Stellenwert von Anfang an vorgegeben, während die Schlagworte für die Kategorien Politikbereich, Länder/Regionen, Organisationen/Gruppierungen und Themen im Laufe der Verschlagwortung induktiv auf Basis der Inhalte der Dokumente entwickelt wurden.

Bei der Verschlagwortung war aufgrund der hohen Zahl an Dokumenten keine tiefer gehende Analyse möglich, weshalb dieser Schritt abermals im Modus des Screenings verlief. So stellen sämtliche Schlagworte abseits der Suchbegriffe bereits Interpretationen der Dokumente dar, weshalb die Datenbank lediglich heuristischen Wert beansprucht. Sie ist weniger als Analyseinstrument denn vielmehr als im Entstehen begriffene Arbeitshilfe gedacht, die nicht bloß als Datei dieser Arbeit beiliegt, sondern in Form einer Zotero-Gruppenbibliothek allen interessierten Forschenden zur kollektiven Bearbeitung und Erweiterung offen steht. Mögliche Anknüpfungspunkte wären, neben dem Hinzufügen von weiteren Wahlperioden, zunächst die bessere Ausdifferenzierung des Schlagwortes *Erwähnung* (siehe unten) und die konsequentere Verlinkung von in den Dokumenten referenzierten anderen Drucksachen und Plenarprotokollen.

<sup>3</sup>Siehe <<https://www.zotero.org/>>, zuletzt abgerufen am 12.02.2020.

Um den Stellenwert zu erfassen, wurden zu Beginn der Arbeit und basierend auf den Erfahrungen im ersten Screening sieben Schlagworte definiert, die auch als ordinale Skala gelesen werden können. Am Anfang steht die Kategorie *Tipp-/OCR-Fehler*, die sich auf zwar seltene, aber durchaus vorkommende Fehler bei der Digitalisierung von gedruckten Dokumenten bezieht. Dies betrifft Fälle wie die Drucksache 13/3194, in der auf S. 21 von „Diät-Müslimischungen“ (Hervorh. SMS) die Rede ist – der Buchstabe ü wurde in diesem Fall vom zur Digitalisierung verwendeten Texterkennungsprogramm als u erkannt. Die nächsthöhere Kategorie ist *Namensbestandteil* und kommt etwa dann zum Einsatz, wenn von Kosten für die Renovierung der Botschaft in *Islamabad* oder von Fischereiabkommen mit der *Islamischen Bundesrepublik Komoren* die Rede ist. Wenn *Namensbestandteil* vergeben wurde, wurde außerdem lediglich der Suchbegriff als Schlagwort vergeben. Das Schlagwort *Aufzählung* wurde dann vergeben, wenn der Suchbegriff lediglich als Element einer Aufzählung vorkam, etwa bei „Buddhismus, Katholizismus, Protestantismus, *Islam*, Hoa-Hao-Buddhismus und Cao-Dai-Religion“ als Aufzählung der in Vietnam offiziell anerkannten Religionen (Drs. 14/8483, S. 2). Die am meisten vorkommende Stellenwertkategorie ist *Erwähnung*, gedacht für bloße Erwähnungen islambezogener Themen. Diese Kategorie hat sich im Laufe des zweiten Screenings, in dem die Verschlagwortung stattfand, zunehmend als nicht trennscharf genug definiert erwiesen. So wurde sie sowohl für einmalige Erwähnung als auch für wiederholte Erwähnungen vergeben, womit sie eher den Charakter einer Residualkategorie hat. Die Kategorie *Aspekt* wurde vergeben, wenn das islambezogene Thema zwar nicht das vornehmliche Thema der Debatte bzw. Drucksache war, aber einen eigenen Aspekt des eigentlichen Themas darstellte. Dies ist etwa dann der Fall, wenn es um die Situation algerischer Geflüchteter in Deutschland geht und angesprochen wird, ob die Verfolgung durch islamistische Organisationen als Fluchtgrund anerkannt wird (vgl. hierzu Drs. 13/1632). Das Schlagwort *Abschnittsthema* hingegen wurde vergeben, wenn der Islam bzw. MuslimInnen das vornehmliche Thema eines ganzen Abschnitts, aber nicht der gesamten jeweiligen Drucksache war; bei Plenarprotokollen, wenn sich einzelne Reden vornehmlich um islambezogene Themen drehten. Beinahe schon klassisch ist dies in den „Berichten zur Lage der Ausländer“ der Fall, siehe etwa die Drs. 14/2674 oder 13/9484. Die letzte Stellenwert-Kategorie *Hauptthema* schließlich wurde vergeben, wenn die gesamte Debatte oder Drucksache sich um islambezogene Themen drehten, etwa bei der Großen Anfrage „Islam in Deutschland“ und deren Beantwortung (Drs. 14/2301 und 14/4530). Bei Dokumenten, für die mehrere dieser Kategorien zutreffend waren, wurde stets nur die „oberste“ zutreffende Kategorie vergeben.

Im Folgenden wird auf Basis des Screenings und der daraus entstandenen Schlagworte für jede Wahlperiode ein kurzer Überblick gegeben, welche Politikbereiche,

Länderbezüge und Themen die Debatten bestimmt haben. Dabei wird jeweils auch kurz auf die Auswahl der Debatten für die in den weiteren Kapiteln vorgenommenen detaillierten Analysen eingegangen. Im Anschluss wird ein kurzer Gesamtüberblick gegeben, bei dem der Fokus auf Veränderungen liegt.

---

## 2.1 Kurzdarstellungen der einzelnen Wahlperioden

### 2.1.1 12. Wahlperiode (1990–1994)

Im 1990 gewählten ersten Bundestag nach der Wiedervereinigung kam in 219 Dokumenten mindestens einer der Suchbegriffe vor; am häufigsten wurde dabei *islam*\* genannt (157 Dokumente), am zweithäufigsten *moslem*\* (84), gefolgt von *muslim*\* (74) und schließlich *mohammedan*\* mit zwei Vorkommen. Dabei waren islambezogene Themen 18 mal *Hauptthema* und 14 mal *Abschnittsthema*. In 45 Fällen kamen sie als *Aspekt* des eigentlichen Themas vor, in 102 Dokumenten findet sich eine *Erwähnung*. In neun Dokumenten kam einer der Suchbegriffe in einer *Aufzählung* vor, und in 31 Fällen war einer der Suchbegriffe ein bloßer *Namensbestandteil*. Islambezogene Themen kamen mit Abstand am häufigsten im Kontext von *Außenpolitik* zur Sprache (140); in der *Innenpolitik* war der Islam/waren MuslimInnen 36 mal thematisch, mit weiterem Abstand gefolgt von der *Verteidigungspolitik* (12). Die übrigen Politikbereiche kamen, wenn überhaupt, nur in einstelliger Anzahl vor.

Thematisch waren die islambezogenen Debatten in dieser Zeit weitestgehend geprägt vom *Bosnienkrieg* (72). Dementsprechend waren die meistgenannten Länderbezüge *Jugoslawien* (71) und *Bosnien-Herzegowina* (62). Das in diesem Kontext am meisten angesprochene Einzelthema war *Vergewaltigung* (18) – womit die von serbischen Truppen im Bosnienkrieg systematisch verübten Massenvergewaltigungen (vgl. Allen 1996, mit Triggerwarnung!) gemeint sind. Das am zweitmeisten vorkommende Thema ist *Islamismus* (49). Zu dieser Zeit noch kaum mit *Terrorismus* assoziiert – eine Überschneidung von beiden Suchbegriffen tritt nur bei zwei Dokumenten auf –, bezog sich die Rede von Islamismus zunächst ebenfalls auf *Jugoslawien* bzw. *Bosnien-Herzegowina* (8 bzw. 7), aber auch auf die *Türkei* (7), den *Sudan* (6) oder *Algerien* (5). Das drittmeist angesprochene Thema sind *Menschenrechte* (32), wobei sich auch hier die meisten Sorgen um den *Bosnienkrieg* (9), *Islamismus* (9) und *Gender* sowie *Vergewaltigung* (jeweils 8) drehen. Zudem wurden mit Blick auf *Menschenrechte* unter anderem *Myanmar* (5) und *Bangladesch* (4) sowie der *Iran* (3) thematisch.

Muslimische Gruppierungen oder Organisationen wurden kaum genannt; lediglich vier Nennungen der *Ahmadiyya* kamen vor und jeweils eine für *Islamisches*

*Zentrum Hamburg, Kaplan-Bewegung, Milli Görüş,<sup>4</sup> OIC, Union Islamischer Studenten in Europa und Volksmudjahedin.*

Die 18 Dokumente, in denen islambezogene Themen das Hauptthema waren, sind zwei Kleine und eine Große Anfrage, zehn schriftliche Fragen und je ein Antrag und Entschließungsantrag. Bei den Anfragen handelt es sich um die Folgenden:

- Gruppe der PDS/LL, und Ulla Jelpke. „Anwendung der Volkszählungsdaten von 1987 auf Angehörige moslemischer Religionsgruppen“. Kleine Anfrage. Deutscher Bundestag, 6. März 1991. (Anfrage: 12/202, Antwort: 12/292)
- Adler, Brigitte, Angelika Barbe, Ingrid Becker-Inglau, Lieselott Blunck, Petra Bläss, Thea Bock, Anni Brandt-Elsweier, u. a. „Lage der Menschenrechte von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Pakistan“. Große Anfrage. Deutscher Bundestag, 24. März 1992. (Anfrage: 12/2340, Antwort: 12/3203)
- Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, und Gerd Poppe. „Fluchtgründe und Anerkennung algerischer Flüchtlinge in Deutschland“. Kleine Anfrage. Deutscher Bundestag, 21. September 1994. (Anfrage: 12/8530, Antwort: 12/8573)

In den Schriftlichen Fragen geht es um Anschläge islamistischer Terroristen auf armenische Christen in Berg-Karabach (12/8253, S. 3–4); um die Beurteilung der Aktivitäten der „Volksmudjahedin“ im Iran (12/6819, S. 8); um die Haltung der Bundesregierung gegenüber Vertreibung bosnischer Moslems (12/5105, S. 1); um Verfolgung von zum Christentum konvertierten Moslems in Ägypten (12/352, S. 3); um Verfolgung von Christen bzw. Nichtmuslimen im Südsudan (12/3446, S. 3–4); um Aufforderungen zu Verschleierung und Konversion an mit Einheimischen verheiratete Mitarbeiterinnen der deutschen Botschaften in Marokko/Algerien (12/2452, S. 1–2); um Verfolgung nichtislamischer Minderheiten in der Türkei (12/585, S. 4); um Anerkennung einer islamischen Organisation als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege (12/3270, S. 18); sowie in zwei Dokumenten um die Lage der Ahmadis in Pakistan (12/2640, S. 2–3 und 12/4834, S. 1–2). Der Antrag ist ein „Appell an die Regierung des Iran“, den Mordaufruf gegen Salman Rushdie zurückzunehmen (12/2119). Ganz ähnlich zielt der Entschließungsantrag darauf, im Rahmen einer vereinbarten Debatte zum Thema Menschenrechte noch einmal die Verurteilung des iranischen Mordaufrufs gegen den Schriftsteller Salman Rushdie zu bekräftigen (siehe zur sog. Rushdie-Affäre auch weiter unten, 5.1.1).

---

<sup>4</sup>Da unklar war, ob die Software Sonderzeichen in der Verschlagwortung gestattet, wurde das Schlagwort für Milli Görüş als *Milli Görüş* geschrieben. Daher wird bei Nennung des Schlagwortes diese Schreibweise genutzt; ebenso wird im Folgenden bei wörtlichen Zitaten die Schreibweise im Originaldokument wiedergegeben. Dieses Vorgehen gilt auch für DİTİB vs. DITIB.

### 2.1.2 13. Wahlperiode (1994–1998)

In der letzten Legislaturperiode unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls (CDU) wurde in 307 Dokumenten mindestens einer der Suchbegriffe genannt. Neben dem immer meistgenannten Suchbegriff *islam\** (243) fällt auf, dass *muslim\** mit 90 Dokumenten im Vergleich zur vorangegangenen Wahlperiode öfter und *moslem\** mit 55 Dokumenten seltener vorkommt. *Mohammedan\** schließlich kam in drei Dokumenten vor. In 18 Dokumenten war der Islam/waren MuslimInnen das *Hauptthema*, in neun Dokumenten *Abschnittsthema*. In 71 Dokumenten waren islambezogene Themen ein *Aspekt* des eigentlichen Themas, in 158 Dokumenten fanden sie bloße *Erwähnung*. Elf Dokumente wiesen eine *Aufzählung* auf, in dem einer der Suchbegriffe vorkam. In 37 Dokumenten war mindestens eines der Schlagworte ein *Namensbestandteil*, und in dieser Wahlperiode finden sich auch die einzigen drei Dokumente mit *Tipp-/OCR-Fehler*. Mit Blick auf die Politikbereiche zeigt sich wieder das Bild, dass islambezogene Themen vor allem außenpolitische Themen sind: Das Schlagwort *Außenpolitik* wurde für 180 Dokumente vergeben – ein Zuwachs von 40 Dokumenten gegenüber der 12. Wahlperiode. Auch *Innenpolitik* wurde für Dokumente aus der 13. Wahlperiode wesentlich häufiger vergeben, nämlich 57 mal. Erwähnenswert sind darüber hinaus wieder die *Verteidigungspolitik* (15) und die *Europapolitik* (14). Die restlichen Politikbereiche wurden lediglich in einstelligen Zahlen von Dokumenten als Schlagworte vergeben.

Mit Blick auf die Themen war das mit Abstand am meisten genannte Thema der *Islamismus* mit 105 Dokumenten, gefolgt von *Flucht/Asyl* mit 41 Dokumenten, *Menschenrechte* mit 33 Dokumenten, *Gender* mit 29 Dokumenten und *Migration* mit 27 entsprechend verschlagworteten Einträgen. Das Top-Thema der vorherigen Wahlperiode, der *Bosnienkrieg*, kommt hingegen lediglich auf 23 Dokumente. Im Gegensatz dazu kommt im Bereich Länder- bzw. Regionenbezug wieder *Bosnien-Herzegowina* am meisten vor (50 Dokumente), gefolgt von der *Türkei* (29), *Algerien*, *Iran* (jeweils 24) und *Sudan* (12). *Afghanistan*, *Ägypten* und *Pakistan* wurden bei je zehn Dokumenten als Schlagworte vergeben; andere Länder/Regionen kamen höchstens einstellig vor. Dabei wurde *Islamismus* schon häufiger mit *Terrorismus* assoziiert als in der 12. Wahlperiode; beide Schlagworte wurden gemeinsam für elf Dokumente vergeben. Das im Zusammenhang mit *Islamismus* am meisten verbundene Themen-Schlagwort war jedoch *Menschenrechte* (18 Dokumente), gefolgt von *Migration* (15), *Gender* (14) und, noch hinter *Terrorismus*, *Flucht/Asyl* (10). Andere themenbezogene Schlagworte wurden, sofern gemeinsam mit *Islamismus* vergeben, nur für einstellige Zahlen von Dokumenten eingetragen. Die fünf im Zusammenhang mit *Islamismus* am meisten angesprochenen Länder waren, der Verschlagwortung zufolge, *Algerien* (23), *Türkei* (16), *Bosnien-Herzegowina* (10), *Iran* (9) und

Ägypten (8). Bezogen auf das zweitmeist vergebene themenbezogene Schlagwort, *Flucht/Asyl*, ging es in fast der Hälfte der Fälle auch um *Abschiebung* (20). Dass sich zehn Dokumente mit Überschneidung von *Flucht/Asyl* und *Islamismus* finden, wurde bereits erwähnt. An dritter Stelle der mit *Flucht/Asyl* assoziierten Themen steht der *Bosnienkrieg* (7), gefolgt von *Gender*, *Menschenrechte* und *Religionsfreiheit* (je 5). Auch die *Yeziden* und *Bahai* (3 bzw. 2) spielten eine gewisse Rolle. Mit Blick auf die Länder, die mit *Flucht/Asyl* assoziiert sind, steht *Bosnien-Herzegowina* (15) an erster Stelle, gefolgt von *Algerien* (8), *Türkei* (4), *Afghanistan* und *Pakistan* (jeweils 3). Die fünf im Zusammenhang mit dem dritthäufigsten themenbezogenen Schlagwort, *Menschenrechte*, am meisten vergebenen Schlagworte sind wiederum *Islamismus* (18), *Scharia* (9), *Gender* (8), *Flucht/Asyl* (5) sowie *Abschiebung* (4). Die fünf in diesem Zusammenhang am meisten genannten Länder sind *Afghanistan* (6), *Ägypten*, *Iran*, *Pakistan* (jeweils 4) und *Sudan* (3).

Die meistgenannte islamische Gruppierung war die algerische *FIS* (9), gefolgt von der Organisation der islamischen Konferenz *OIC* (6) und den afghanischen *Taliban* (6). Jeweils dreimal genannt wurden die *Ahmadiyya*, der *Bund muslimischer Pfadfinder* und die *Kaplan-Bewegung*. In je zwei Dokumenten werden die *DITIB*, *MHP-nahe Organisationen*, *Milli Görüs*, die *Muslim-Bruderschaft* und der *VIKZ* erwähnt. In einem Dokument schließlich ist die Rede vom *Islam-Archiv Soest*.

Die 18 Dokumente, in denen islambezogene Themen *Hauptthema* waren, setzen sich aus vier Kleinen Anfragen mit dazugehörigen Antworten, acht schriftlichen Fragen mit Antworten und zwei Plenarprotokollen zusammen. Bei den Kleinen Anfragen handelt es sich um die folgenden:

- Gruppe der PDS, und Ulla Jelpke. „Gefährdung der ‚Inneren Sicherheit‘ durch algerische ‚islamische Extremisten‘“. Kleine Anfrage. Deutscher Bundestag, 20. Juni 1995. (Anfrage: 13/1725, Antwort: 13/2037)
- Gruppe der PDS, und Ulla Jelpke. „Rechtsextremistische und islamisch-fundamentalistische türkische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland“. Kleine Anfrage. Deutscher Bundestag, 24. Juli 1995. (Anfrage: 13/2063, Antwort: 13/2164)
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Amke Dietert-Scheuer. „Zur gegenwärtigen innenpolitischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Situation in Ägypten“. Kleine Anfrage. Deutscher Bundestag, 7. März 1996. (Anfrage: 13/4178, Antwort: 13/4310)
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Amke Dietert-Scheuer. „Gefährdung von Angehörigen der Ahmadiyya-Gemeinde in Pakistan“. Kleine Anfrage. Deutscher Bundestag, 23. Juli 1997. (Anfrage: 13/8308, Antwort: 13/8370)

In den schriftlichen Fragen ging es um Strafverfahren wegen Beschimpfung des religiösen Bekenntnissen von Juden bzw. Moslems (13/6447, S. 10), um Beeinträchtigungen christlicher Religionsausübung durch „bosnisch-muslemische Extremisten“ (13/6932, S. 4), um mögliche Gefahren für christliche Geflüchtete bei Rückkehr in den Sudan (13/10726, S. 6), um die Erwägung der Einführung einer Eidesklausel für Bundeswehrsoldaten mit Bezug auf Allah (13/841, S. 28), um die Lage religiöser Minderheiten in Ägypten (13/3025, S. 1), um verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die Kaplan-Bewegung (13/11440, S. 7–8), um islamistische Aktivitäten und Waffen-/Sprengstoffhandel in Deutschland zugunsten der algerischen FIS (13/874, S. 4) sowie um möglicherweise von der Bundesregierung im Nahrungsmittelbereich geplante Konsequenzen aus dem Schweinefleischverbot im Islam und im Judentum (13/2113, S. 25). Die beiden Plenarprotokolle enthalten Debatten zu einer von Klaus Kinkel 1995 geplanten Islam-Konferenz bzw. deren Absage/Verschiebung (13/69 und 13/70, siehe detaillierter hierzu auch weiter unten, Kapitel 5).

### 2.1.3 14. Wahlperiode (1998–2002)

Die erste Wahlperiode unter der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders (SPD) hat 315 Dokumente hervorgebracht, in denen mindestens einer der Suchbegriffe vorkam. Dabei kam *islam*\* 253 mal vor, *muslim*\* 121 mal, *moslem*\* 56 mal und *mohammedan*\* einmal. In 29 von diesen 315 Dokumenten kamen islambezogene Themen als *Hauptthema* vor, in 14 als *Abschnittsthema*. Bei 51 Dokumenten waren islambezogene Themen ein *Aspekt*, und in 179 fanden sie *Erwähnung*. In acht Dokumenten finden sich *Aufzählungen* mit einem der Suchbegriffe, und in 34 Fällen handelt es sich um einen *reinen Namensbestandteil*. Der meistvertretere Politikbereich bleibt die *Außenpolitik*, deren Anzahl jedoch gegenüber der vorherigen Wahlperiode auf 167 gesunken ist. Der Anteil der *Innenpolitik* hat sich hingegen stark vergrößert, dieser Bereich kommt in der 14. Wahlperiode 91 mal vor. Die Anzahl der vergebenen Schlagworte *Verteidigungspolitik* hat sich im Vergleich zur 13. Wahlperiode nahezu verdoppelt, sie beträgt 29. Zudem wurde 15 mal das Schlagwort *Europapolitik* vergeben und 14 mal *Sicherheitspolitik*. Die restlichen Politikbereich-Schlagworte wurden, wenn überhaupt, nur in einstelliger Anzahl vergeben.

Bei den am meisten vorkommenden Themen zeigt sich deutlich, dass die Anschläge vom 11. September 2001 (vgl. auch weiter unten, 6.1.3) diese Wahlperiode prägten. So sind *Islamismus* (113) und *Terrorismus* (65) die meistvergebenen